

Was uns Frauen interessiert

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **2 (1946)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Was uns Frauen interessiert:

Der Kanton Basel-Stadt und das Frauenstimmrecht. – Man weiss, dass die Frage des Frauenstimmrechts in Basel-Stadt in der Grossratssitzung vom 20. Dezember besprochen, der Schluss der Diskussion aber hinausgeschoben wurde, bis die rechtliche Lage der durch Heirat Schweizerbürgerinnen gewordenen Ausländerinnen geklärt sei. Es ist nun von grossem Interesse, die nähere Begründung des Regierungsrates zu prüfen, dessen Mitglieder sich alle für die Neuerung aussprechen. Sie soll durch eine Revision der Kantonsverfassung erreicht werden und ist, so sagt der Regierungsrat, vor allem eine Frage der Gerechtigkeit. Er erinnert an die Volksabstimmungen von 1920 und 1927, wo das Frauenstimmrecht verworfen wurde, er zählt die Motionen auf, die in 12 andern Kantonen zugunsten eines vermehrten Mitspracherechts der Frau eingereicht wurden, und zählt dann alle Gründe auf, die angeführt werden können, damit die Schweizerin bald Vollbürgerin werde. Die Haupttätigkeit der Frau gilt der Familie, aber man muss einsehen, dass der Staat ihr nach und nach einen grossen Teil dieser Familien-Aufgaben entzogen hat, in Erziehung und Unterricht, in der sozialen Fürsorge und in der Wohlfahrtspflege. Von den 93 100 Frauen des Halbkantons werden im Jahr 1941 34 188 als Erwerbende bezeichnet (wobei Rentner und Pensionierte inbegriffen sind). Berufstätig sind 28 636 Frauen, davon Selbständige: 3222 Frauen, Angestellte und Arbeiterinnen: 20 097 Frauen. Schon diese Zahlen stimmen uns nachdenklich, denn es ist natürlich, dass die 34 188 Erwerbenden einen Einfluss auf die Gesetze ausüben möchten, die ihre Berufe regeln. Die Gerechtigkeit verlangt es, dass sie sich an der Politik beteiligen, die ihre Lebensbedingungen regelt, da man ihnen die Last der Steuern auferlegt. Das Vaterland hat die Frauen mobilisiert: 2573 Baslerinnen wurden für den Frauenhilfsdienst rekrutiert, die Basler Luftschutzbataillone zählten 101 Telephonistinnen und 188 Samariterinnen, 32 834 Frauen waren Luftschutzwarte.

Die Frauen werden für die sozialen und wirtschaftlichen Probleme neue Mittel und Lösungen finden. Die Kriegszeit hat ihr Verantwortungsbewusstsein gefördert; ihre Intelligenz, ihre Bildung, ihre Vaterlandsliebe werden ihnen helfen, für das allgemeine Wohl zu arbeiten. Der Regierungsrat hat die Möglichkeit einer Befragung der künftigen Stimmberechtigten geprüft. So nützlich auch eine solche Probeabstimmung für die stimmrechtlerische Propaganda wäre, so hat der Regierungsrat doch darauf verzichtet. Diese Abstimmung wäre doch nicht gesetzlich im Sinne des Wortes, sie hätte keinen legalen Wert und würde nicht passen zum Ernst und zu der Würde, die eine Volksabstimmung in sich schliesst. F. S.

Der **Genossenschaftlerinnenverein des L. V. Z. in Zürich und Winterthur** hat an die Kantonsrätliche Kommission für das Frauenstimmrecht im Kanton Zürich, nach gründlicher Aussprache in zahlreich besuchter Versammlung über alle Punkte die das Frauenstimmrecht be-

rühren, über die regierungsrätliche Vorlage, sowie über die praktischen Erfahrungen in der Ausübung des vollen Stimmrechtes der Frauen, sowohl in den vielen Genossenschaften unseres Landes als auch in sozusagen allen Staaten des Auslandes, den **Antrag** gestellt, es möge auch den Schweizerfrauen die **uneingeschränkte politische Gleichberechtigung** durch die Gewährung des aktiven und passiven Stimm- und Wahlrechts verliehen werden.

Aufschlussreich ist die **Statistik über die Vertretung der Frauen in den Gemeindebehörden des Kantons Zürich**, die nach einer Rundfrage im Jahr 1945 von der Direktion des Innern aufgestellt und uns in verdankenswerter Weise von Herrn Regierungsrat Kägi zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt wurde:

Wählbar sind Frauen in die Armenbehörden, Schulbehörden, Altersbeihilfekommissionen und Gemeinde- und kantonalen Rekurskommissionen.

Beginnen wir mit den Schulbehörden. Hier sind die Frauen nur in den beiden Städten Zürich und Winterthur als gleichberechtigte Mitglieder wählbar. In Zürich entfallen von total 252 39 Sitze auf Frauen. Von diesen 39 Mitgliedern sind 4 Mitglieder in der Zentralschulpflege und 35 Mitglieder in den Kreisschulpflegen. In der Stadt Winterthur sind von 139 Mitgliedern 12 Frauen, nämlich 4 Mitglieder in der Kommission des Schulrates, 4 Mitglieder in den Kreisschulpflegen und 4 in der Gewerbeschulpflege. Zu diesen 12 Frauen kommen noch 50 Mitglieder in den Frauenkommissionen.

Ueber die Zusammensetzung der Armenbehörden hat die Rundfrage zu folgendem Ergebnis geführt:

Drei Punktfreie!



RUFF - ZÜRICH
Wurst- u. Konservenfabrik

Kaninchen-Paste

Mastgans-Paste

Kaninchen-Pastete

	Mitglieder	Männer	Frauen	Vakant
a) Stadt Zürich:				
Armenpflege	15	10	5	—
Kreis- und Quartierkommissionen der Armenpflege	236	133	93	10
Zusammen	251	143	98	10
b) Stadt Winterthur:				
Armenpflege	13	11	2	—
5 Kreiskommissionen	25	22	3	—
Anstaltskommissionen für das Waisenhaus und die Bürgerheime	8	7	1	—
	46	40	6	—
c) Landgemeinden:				
Erlenbach	7	6	1	—
Kilchberg	7	6	1	—
Rüschlikon	5	4	1	—
Rüti	13	10	3	—
Zollikon	9	8	1	—
Alle übrigen Gemeinden	888	888	—	—
	929	922	7	—
Ganzer Kanton	1226	1105	111	10

Von den 164 Landgemeinden, in deren Armenpflege keine Frauen vertreten sind, haben 13 Gemeinden folgende Bemerkungen gemacht:

Bäretswil: „In den beiden ersten Amtsperioden 1928 bis 1937 hatte sich die Armenpflege noch eine dreiköpfige Frauenkommission beigegeben, welche sich in der Folge als überflüssig erwies, und auf die dritte Amtsperiode nicht mehr gewählt wurde“.

Berg a. I.: „Es werden keine Frauenspersonen gewünscht“.

Bülach: „Soweit nötig, werden in besonderen Fällen Vorstandsmitglieder des Frauenvereins mit Erhebungen in den Familien beauftragt. Diese diskrete Beihilfe erfolgt unentgeltlich“.

Dietikon: „Die Geschäfte der Armenpflege erledigt seit 1938 vollamtlich eine dipl. Fürsorgerin. Diese nimmt an den Sitzungen der Armenbehörde teil, ist aber nur beratendes, nicht stimmberechtigtes Mitglied“.

Ellikon a. d. Thur: „Art. 3 des Armengesetzes, wonach Schweizerbürgerinnen in die Armenpflege gewählt werden können, ist viel zu wenig bekannt“.

Küsnacht: „Im Jahre 1942 wurden als ausserordentliche Mitglieder (nur mit beratender Stimme) je ein Mann und eine Frau hinzugewählt“.

Marthalen: „Bis jetzt ging es gut auch ohne Frauen“.

Maur: „Da viele Frauen teilweise heute schon das Stimmrecht besitzen, erachten wir eine Erweiterung in politischer Hinsicht keinesfalls als notwendig“.

Mettmenstetten: „In die Kriegsfürsorgekommission ist eine Frau gewählt, in die Altersbeihilfekommission zwei Frauen“.

Nürensdorf: „Bei uns sind wir keine Anhänger des Frauenstimmrechts“.

Oberrieden: „Da in unserer Gemeinde eine enge Zusammenarbeit mit dem Frauenverein, der eine sehr rege soziale Tätigkeit entfaltet, gewährleistet ist, hat sich das Bedürfnis, Frauen in der Armenpflege zu haben, weniger dringlich gestellt“.

Stallikon: „Eine Frau ist Stellvertreterin des Aktuars“.

Wald: „Im Bürgerasyl amtet neben der Bürgerasylkommission ein Damen-Komitee (4 Frauen)“.

In den Altersbeihilfekommissionen und Gemeinderekurskommissionen der Gemeinden des Kantons Zürich sind die Frauen folgendermassen vertreten:

Von total 674 Mitgliedern sind 77 Frauen in den Altersbeihilfekommissionen. Dazu kommen noch 42 Frauen als Ersatzmitglieder.

Dabei sind beispielsweise in den 4 Gemeinden Schlieren, Zollikon, Dürnten und Wald überhaupt keine Frauen in diese Behörde gewählt worden, weder als Mitglieder noch als Ersatzmitglieder. In folgenden Gemeinden sind Frauen nur als Ersatzmitglieder gewählt: Aesch, Obfelden, Rifferswil, Schönenberg, Hombrechtikon, Uetikon, Fischenthal, Seegräben, Dättlikon, Ellikon a. d. Th., Benken, Flaach, Laufen-Uhwiesen, Oberstammheim und Neerach.

In den Gemeinderekurskommissionen, die von der Gemeinde gewählt werden müssen, sind die Frauen noch spärlicher vertreten. Hier sind von total 342 Mitgliedern nur 9 Frauen und von 342 Ersatzmitgliedern 15 Frauen. Diese 9 Frauen verteilen sich auf folgende Gemeinden: Aesch, Zürich, Langnau a. A., Wädenswil, Herrliberg, Küsnacht,



Uetikon a. See, Fischenthal und Winterthr. In 65 Gemeinden sind überhaupt keine Frauen vertreten, weder als ordentliche Mitglieder noch als Ersatzmitglieder.

Nach Bezirken geordnet, sieht die Statistik folgendermassen aus:

Zusammenzug

Bezirke (alle Gemeinden)	Altersbeihilfekommissionen				Gemeinderekurskommissionen von der Gemeinde zu wählende			
	Mitglieder		Ersatzmitglieder		Mitglieder		Ersatzmitglieder	
	ins- gesamt	davon Frauen	ins- gesamt	davon Frauen	ins- gesamt	davon Frauen	ins- gesamt	davon Frauen
Zürich	46	5	20	2	26	2	26	4
Affoltern	57	8	44	9	28	—	28	—
Horgen	45	9	11	1	24	2	24	3
Meilen	52	10	16	4	20	3	20	2
Hinwil	47	4	22	2	22	1	22	2
Uster	41	4	14	1	20	—	20	1
Pfäffikon	46	7	27	1	24	—	24	1
Winterthur	70	2	40	3	42	1	42	2
Andelfingen	97	8	49	7	48	—	48	—
Bülach	90	11	41	4	44	—	44	—
Dielsdorf	83	9	43	8	44	—	44	—
Ganzer Kanton	674	77	327	42	342	9	342	15

Laut Gesetz über die Altersbeihilfe sind Frauen in die Gemeinderekurskommissionen wählbar. Die Gemeinderekurskommissionen bestehen aus 5 Mitgliedern und 5 Ersatzmitgliedern. Davon wählen die Gemeinden 2 Mitglieder und 2 Ersatzmitglieder; die übrigen Kommissionsmitglieder sind Mitglieder des Bezirksrates.

Kantonale Rekurskommission

Mitglieder		Ersatzmitglieder	
Total	Frauen	Total	Frauen
5	1	3	2 (1 Sekretärin)

Mit Ausnahme der beiden Städte Zürich und Winterthur und der 11 Landgemeinden Berg a. I., Brütten, Dällikon, Hagenbuch, Hirzel, Hofstetten, Kilchberg, Lindau, Maur, Rüslikon und Unterstammheim, enthält die Gemeindeverordnung über die Altersbeihilfe die Bestimmung, dass in die Altersbeihilfekommission auch Frauen wählbar sind.

In den Gemeinden Kilchberg und Rüslikon, sowie in den Städten Zürich und Winterthur bestehen keine Altersbeihilfekommissionen, da die entsprechenden Funktionen von der Gemeinderatskanzlei, bzw. von städtischen Amtsstellen ausgeübt werden.

Redaktion: L. Lienhart, Rebbergstrasse 33, Zürich 10, Telefon 26 05 44

Inserate an: Frau Olga Gossauer, Allenmoosstrasse 31, Zürich 6, Telefon 26 04 17